nr. 3 – mai / juni 2018

ecke köpenicker

Seite 3: Urbanes Gemeinschaftsgärtnern Seite 6: Herr Kirchner und das Mobilitätsgesetz
Seite 8: Wir sind Weltmeister der Wertsteigerung Seite 11: Die Mauer war damals Normalität

Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 11. Juni. Unser letztes Foto zeigte ein Detail der Fassade des Victoriahofs, Köpenicker Straße 126. Unser Leser Andreas Meyer ist nach einigem Suchen fündig geworden – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Stadtteilladen »dialog 101« vorübergehend geschlossen

Wegen Sanierungsarbeiten der Wohnungsbaugesellschaft Mitte ist der Stadtteilladen dialog 101 in der Köpenicker Straße 101 voraussichtlich bis Dezember geschlossen. Alle regelmäßig stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen und Angebote in den Räumlichkeiten des Stadtteilladens müssen daher vorübergehend verlegt werden. Nach Abschluss der Bauarbeiten sollen die Nutzungen im Stadtteilladen wieder aufgenommen werden.

Büro KoSP

Für Fragen rund um das Sanierungsgeschehen steht das Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH) telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich hierzu an: KoSP GmbH, Andreas Bachmann, Telefon 33 00 28 39, Urte Schwedler, Telefon 33 00 28 44, Mail: luisenstadt@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die öffentlichen Sitzungen der BV (jeden 3. Dienstag im Monat) finden im »Optionsraum 3« der Spreefeld eG im Wilhelmine-Gemberg-Weg 14 statt. Interessierte wenden sich bitte an Herrn Volker Hobrack, Telefon 275 47 69.

Offene Mieterberatung

Die kostenlose Beratung der Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH für Mieter im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, in den Erhaltungsgebieten Luisenstädtischer Kanal mit Umgebung, Köllnischer Park und Umgebung sowie für Mieter der mit öffentlicher Förderung sanierten Altbauten im Bezirk Mitte erfolgt derzeit im Pfarrsaal der St.-Michael-Kirche, Michaelkirchplatz 15 (Eingang an der Ostseite der Kirche): jeden Montag 15–18 Uhr, jeden 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin.

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue Mitstreiter! Nachfragen und Kontakt: Volker Hobrack, Telefon 275 47 69

Stadtteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13, stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

»Runder Tisch Köpenicker«

Am »Runden Tisch« werden aktuelle Probleme im Gebiet debattiert. Jeder kann teilnehmen. Nächster Termin: Dienstag, 12. Juni, 11–13 Uhr, Ort: Kinder- und Jugendzentrum »Die Oase«, Wallstraße 43

Die nächste »Ecke Köpenicker«

erscheint Ende Juni. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die Gartensaison hat begonnen

In und um die Luisenstadt existieren zahlreiche Gemeinschaftsgärten

Ch. Eckelt

Gemeinschaftliches Gärtnern erfreut sich in Berlin stetig größerer Beliebtheit. In der Nördlichen Luisenstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung jedenfalls haben sich bereits neun solcher Nachbarschaftsgärten angesiedelt. Der neueste ist der »Waldgarten« des »Spreeacker e.V.« am Wilhemine-Gemberg-Weg. Er ist ein Pilotprojekt für zukünftiges Gemeinschaftsgärtnern entlang des geplanten Spreeuferwegs, hat aber noch diverse Anlaufschwierigkeiten.

Zwei Berliner Pionierprojekte, die »Prinzessinnengärten« am Moritzplatz und »Ton Steine Gärten am Mariannenplatz« liegen unmittelbar hinter der Bezirksgrenze im Kreuzberger Teil der Luisenstadt. Beide eröffneten im Jahr 2009 und starten somit in diesem Jahr in ihre zehnte Gartensaison. Im Jahr 2012 begann auf der gegenüberliegenden Seite der Spree auf dem Gelände des Holzmarkts der »Mörchenpark«, noch bevor dort die ersten festen Gebäude errichtet waren. Im selben Jahr öffnete auch der »GenerationenGarten« der Wohnungsbaugenossenschaft Berolina in der Neuen Jacobstraße 30, der vor allem von älteren Anwohnerinnen und Anwohnern und zwei Kitas in der Umgebung betrieben wird. Das zeigt, wie sich die Idee des gemeinschaftlichen Gärtnerns auch über Milieus hinweg in der Stadt ausgebreitet hat. Der Garten »Wir schlagen Wurzeln« in der Waldemarstraße 20, der seit 2014 von der Hochschulgruppe der Berliner Alevitischen Gemeinde betrieben wird, weist wiederum auf die integrative Kraft dieser neuen urbanen Bewegung hin.

Auch in Schulen hat man das inzwischen entdeckt, etwa im Max-Planck-Gymnasium, wo seit 2015 der ehemalige Gartenbereich von »Max Pflanzen« als Gemeinschaftsgarten genutzt wird. Dabei arbeiten externe Aktivisten mit einer AG der Schule zusammen. Und selbst die Industrie fördert inzwischen Nachbarschaftsgärten: So hat die Berliner Tochter des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall im Juni 2016 einen Gemeinschaftsgarten in der Neuen Grünstraße 13/14 eröffnet und im April 2017 den Garten am Heizkraftwerk in der Köpenicker Straße 60. Das nutzt der Energieversorger auch für seine Öffentlichkeitsarbeit, etwa indem er auf YouTube unter dem Label »Pflanz was! Die Spreegärtner« regelmäßig Gartentipps veröffentlicht, die mit zum Teil über 100.000 Aufrufen eine recht ansehnliche Reichweite haben.

Einen weiteren Entwicklungsschub könnte die Berliner Gemeinschaftsgarten-Bewegung am Spreeufer erhalten. Am Rande des geplanten Uferweges möchte der Verein »Spreeacker« nämlich auch öffentliche Grünflächen in nachbarschaftlichem Engagement gemeinschaftlich pflegen und dort vor allem essbare Pflanzen anbauen. Der »Waldgarten« am Ende des Wilhemine-Gemberg-Weges, der neu gebauten Stichstraße zwischen Köpenicker Straße und Spree, soll dabei den Anfang machen. Doch als es im April losgehen sollte, zeigten sich die ersten Probleme. Im Unterschied zu den meisten urbanen Gemeinschaftsgärten sollen nämlich nicht in erster Linie mobile Hochbeete aus alten Paletten bepflanzt werden, sondern direkt auf dem vorhandenen Boden vor allem Obstbäume und -sträucher angebaut werden. Dazu war zwar vom Straßen- und Grünflächenamt die obere Bodenschicht ausgetauscht worden – nach stärkeren Regelfällen hatte die sich aber in Morast verwandelt. Bei den Bauarbeiten für die neue Straße und an der direkt angrenzenden »Alten Seifenfabrik« waren die darunter liegenden Schichten offenbar von schweren Baufahrzeugen derart verdichtet worden, dass jetzt dort kein Regenwasser mehr versickert. Jetzt müssen die Gemeinschaftsgärtner mit den Straßen- und Grünflächenamt klären, wie man diese Bodenschicht wieder auflockern kann. »Ich kann mir vorstellen, dass wir da mit Druckluft weiter kommen«, erklärt Michael LaFond vom genossenschaftlichen Wohnprojekt »Spreefeld eG«, aus dem sich die Mehrzahl der »Spreeacker«-Gärtner rekrutiert. Diese direkten Anwohner bilden einen verlässlichen Kern für das Gemeinschaftsprojekt. »Es gibt aber auch großes Interesse in den Nachbarhäusern«, meint Michael LaFond.

Die Planung für den Ausbau des Uferweges an der Spree stockt unterdessen immer noch. Nachdem 2013 eine Machbarkeitsstudie erstellt und 2015 in einem aufwändigen Verfahren der Bürgerbeteiligung Leitlinien entwickelt worden waren, hätte eigentlich schon im Jahr 2016 ein Wettbewerbsverfahren für Landschaftsarchitekten ausgelobt werden sollen. Doch solange die Finanzierung der notwendigen, aber aufwändigen Sanierung der Spundwände der Spree nicht geklärt ist, ist dieses Verfahren blockiert. Zudem wird derzeit diskutiert, ob statt des Bezirks nicht besser die landeseigene Grün Berlin GmbH Träger der Maßnahme werden soll. Das würde den Bezirk entlasten und böte zudem eine bessere Möglichkeit, die später gewonnenen Erfahrungen auch zu anderen Bezirken und Kommunen zu transferieren. *cs*

Im vergangenen Jahr hat der Gemeinschaftsgarten am Heizkraftwerk eröffnet. Die Grünfläche von Vattenfall sah früher an Sonntagen oft aus wie eine Müllhalde, jetzt ist sie ein attraktiver Flecken in der Luisenstadt geworden. Geöffnet ist sie täglich außer montags zwischen 12 und 18 Uhr, zwischen Juni und August zwischen 12 und 20 Uhr.

Ch. Eckelt

Leser-Ecke

Betr.: »Tennisclub vor dem Ende?«, Ausgabe 1/2018

Tennisclub vor dem Ende?

Nix da! Totgesagte leben bekanntlich länger!

Die Ecke schwadroniert (nach Wikipedia: »unnütz daherreden«) in ihrer Ausgabe vom Februar/März 2018 umfänglich vom Ende des TC Mitte in der Melchiorstraße. Der Artikel ist jedoch leider weder von Sach- noch von Ortskenntnissen geprägt – eine Kontaktaufnahme mit dem Tennisclub, der diese Mängel hätte beheben können, fand nicht statt. Damit hat der Textschreiber eklatant gegen mindestens zwei Grundsätze des Pressekodex des Deutschen Presserates verstoßen: Wahrhaftigkeit und Sorgfalt.

Der Artikel baut auf der Theorie auf, dass ein Nebeneinander von Schul- und Vereinsnutzung auf dem ca. 15.000 qm-Grundstück, von dem für eine 4-zügige Schulnutzung 9.600 qm benötigt werden, nicht möglich sei. Nach den Berechnungen der Architekten des Tennisvereins – die bereits vorlagen, als der Artikel erschien – ist dies allerdings doch möglich. Hätte der Artikelverfasser sich mal die Mühe gemacht und sich vor Ort informiert, hätten ihm dies problemlos darstellt werden können.

Der Artikel unterschlägt vollkommen, dass es bereits eine bezirkliche Lösung gab, die den Neubau einer 4-zügigen Schule und den Erhalt der Sportnutzungen ermöglicht hätte. Stattdessen wird ein Bezirksamtsbeschluss mit einem fehlerhaften Lageplan aus dem März 2017 zitiert, der von der Bezirksverordnetenversammlung Mitte (BVV) nach intensiver Diskussion im Mai geändert wurde. In diesem Beschluss heißt es dann: »Für die in der Anlage 2 bezeichnete Fläche »Tennis 4. Feld«, welche bisher zum Verein TC Mitte gehörte, soll eine Doppelnutzung mit dem Verein TC Mitte erfolgen. Dabei soll der Verein die Möglichkeit bekommen, die Tennisplätze nutzen zu können, wenn diese nicht von der Schulnutzung benötigt werden. Bei einer evtl. erforderlichen Sanierung der Fläche ist daher zu berücksichtigen, dass auch weiterhin eine Tennisnutzung (Erhalt Tennisfeld) möglich ist. Vor Doppelnutzungsbeginn durch die Schule ist diesbezüglich eine Vereinbarung zwischen dem späteren Schulträger und dem Verein TC Mitte zu schließen.«

Dieser Beschluss wurde nun leider vom Senat, als dieser die Schulneubauplanung übernommen hatte, einfach ignoriert. Statt einer Konsenssuche wurde der Bezirk durch Frau Lüscher – ihres Zeichens Senatsbaudirektorin der Stadtentwicklungssenatorin Lompscher (Die Linke) – schriftlich aufgefordert, den Vertrag mit dem Tennisverein umgehend zu kündigen, damit man aus der Sport- eine Schulfläche machen kann. Einen Vertrag zu kündigen, der auch die nebenliegende Tennishalle zum Inhalt hat und damit die Existenz des Vereins zerstört.

Warum stellt der Artikel nicht die Frage, mit welchem Recht sich eine Senatsbaudirektorin über die Rechte des Berliner Abgeordnetenhauses hinwegsetzt, dem nach dem Sportfördergesetz allein Entscheidung zur Aufgabe von Sportflächen im Land Berlin obliegt?

Warum stellt der Artikel nicht die Frage, wie sich die Diskussion einer Senatorin um Berliner Bürgerleitlinien für die Stadtentwicklung mit dem Vorgehen der eigenen Baudirektorin vertragen, die mit einem Federstrich einen ehrenamtlich arbeitenden Tennisverein mal so locker von der Bildfläche verschwinden lassen will und der sowas dann aus der Zeitung erfahren muss. In der Aprilausgabe der Ecke wird wider besseren Wissen sogar behauptet, dass im Rahmen des Sanierungsbeirates eine Bürgerbeteiligung zum geplanten Schulneubau und den Interessen des TC Mitte gegeben hätte. Zutreffend ist vielmehr, dass die zuständige Vertreterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sich seit Monaten standhaft weigert im Sanierungsbeirat zu erscheinen.

Zum aktuellen Stand: Es gibt eine umfangreiche Stellungnahme des Vereins, der Frau Lüscher und den Fraktionen im Abgeordnetenhaus zuging. Eine Unterschriftensammlung wurde initiiert und auf www.tc-berlin-mitte.de veröffentlicht. Es gab positive Gespräche mit dem Bezirkselternausschuss, dem Berliner Tennisverband und dem Landessportbund. Die BVV-Mitte hat sich in drei Beschlüssen für die Suche nach einen Nebeneinander der Nutzungen ausgesprochen. Vertreter*innen alle Koalitionsfraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses haben sich vor Ort informiert und ihre Unterstützung für eine gemeinsame Planung zugesagt. Im Rahmen der Bürgerversammlung am 20.3.2018 haben sich die Anwesenden mit deutlicher Mehrheit hinter den Verein – und die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, die sich seit Jahren für den Erhalt des Vereins einsetzt – gestellt.

Die Frage der Ursprungsartikels vom Februar-März 2018 »Tennisclub vor dem Ende?« beantwortet der Verein mit einem klaren: NEIN!!! WIR KÄMPFEN FÜR UNSEREN VEREIN UND DIE JUGEND UND FANGEN ERST AN!!!!

Sportverein TC Berlin-Mitte

Stellungnahme der Redaktion:

1. Wir diskutieren monatlich mit einem Vertreter des TC Mitte dieses Thema.
2. Auf unsere Anfrage hin hatte uns die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 26.1.2018 mitgeteilt: »Eine kooperative Nutzung der Flächen für den Tennissport ist ab dem 31.12.2019 leider nicht möglich, da die Flächen vollständig für den neuen Schulstandort benötigt werden.« Dies haben wir unverzüglich an den TC Mitte weitergeleitet.
3. Eine vierzügige Grundschule im Neubau samt Dreifach-Sporthalle und Außenflächen lässt sich nach den geltenden Richtlinien auf einer Fläche von 9.600 qm als Typenbau nicht errichten. Das wurde im Artikel dargelegt. Den Kontakt mit dem Architekten, der angeblich anderes behauptet, hat uns der TC Mitte trotz Nachfrage nicht vermittelt.

Christof Schaffelder

Kommentar

Auf die Straße für das Recht auf Wohnen

Seit Jahren steigen und steigen die Mieten, explodieren die Grundstückspreise, wird preiswerter Wohnraum immer knapper. Zwar sind die Berliner ein eher stoisches Völkchen, das gelernt hat, sich durch Krisen, Chaos und widrige Umstände durchzuwurschteln und geduldig-gelassen viele Zumutungen aushält. Doch bei einer so existentiellen Frage wie dem Wohnen musste man sich schon wundern, wie lange es verhältnismäßig ruhig in Berlin blieb: In der Geschichte der Mieterstadt Berlin erwiesen sich Wohnungsnot und Mietwucher schließlich schon mehrfach als echter sozialer Zündstoff.

Doch Mitte April änderte sich das Bild: Zahlreiche Mieterinitiativen, Bündnisse und Vereine hatten im Zusammenschluss zur großen Mietendemo aufgerufen – und mehr als 20.000 Menschen gingen auf die Straßen. Ein Erlebnis, das viele Berliner überwältigte, weil sie solche großen und vor allem bunten Demos noch nie erlebt hatten. Und die Beteiligung ging quer durch die Bezirke und durch unterschiedlichste Bevölkerungs- und Altersgruppen: Rentner, Studierende, Berufstätige, Arbeitslose, Zugezogene und Urberliner, Familien, Kiezaktivisten …

Für nicht wenige Teilnehmer war es die erste Demo, an der sie überhaupt selbst teilnahmen. Und deutlich wurde, dass das Problem nicht mehr nur Menschen mit geringem Einkommen betrifft, sondern die Angst längst auch die Mittelschicht mit besseren Einkommen erreicht hat. Das spiegelt sich auch medial wider: Waren in den großen Zeitungen und Magazinen noch vor einigen Jahren steigende Mieten und Wohnungsnot ein eher marginales, vernachlässigtes Thema, liest man nun vom SPIEGEL bis hin zu den großen Tageszeitungen lange Beiträge Kommentare, Analysen. Auch Redakteure, von denen man noch vor 15 Jahren Kommentare lesen konnte wie »Wer sich die Innenstadt nicht leisten kann, muss eben wegziehen« treibt nun die Angst um. Auch Menschen mit guten Einkommen müssen nun um ihre Wohnung bangen. Eigentümerwechsel, Eigenbedarfskündigung, energetische Modernisierung heißen die neuen Damoklesschwerter.

Hinzu kommen zwei Faktoren, die die Situation zusätzlich verschärfen: Zum einen ist längst nicht mehr nur die Innenstadt mit einzelnen »gentrifizierten« Vierteln betroffen (über manchen Viertel wie in Prenzlauer Berg, Mitte oder Kreuzberg rollt bereits die zweite Sanierungswelle), sondern auch die Ränder der Stadt: Auch in äußeren Bezirken wie Spandau, Köpenick oder Lichtenberg, die früher noch Ausweichmöglichkeiten boten, ist der Wohnraum knapp geworden, steigen die Mieten. Es fehlt schlicht an Wohnungen. Nicht einmal mehr die Leerstandsquote von 3–5 %, die für eine normale städtische Fluktuation notwendig ist, wird in Berlin noch erreicht. In der Folge wird die Wohnungssuche für viele zum nahezu aussichtslosen Unterfangen. Zum anderen erschwert sie jenen, die gern ihre größere Wohnung für eine kleinere aufgeben würden, den Wechsel: denn bei den Neuvermietungspreisen wäre die kleinere Wohnung meist noch teurer als die große. So kommt es, dass sich die ohnehin sehr ungleiche Verteilung des Raumverbrauchs pro Kopf weiter zementiert und verschärft: Familien mit geringen Einkommen müssen immer enger zusammenrücken, junge Familien sehen sich gezwungen, ins Umland zu ziehen, während andere sich 70 Quadratmeter und mehr pro Person leisten können.

Eine Demonstration ist noch keine Revolution. Sie ist aber ein deutliches Zeichen dafür, dass Menschen nicht mehr bereit sind, sich irgendwie durchzuwurschteln, sondern politische Lösungen einfordern. Viele Kommunen versuchen bereits, den Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Doch letztlich und grundsätzlich ist hier die Bundespolitik gefragt. *us*

(siehe auch Seite 8)

Bildecke

Ch. Eckelt

Mehr Gleichberechtigung und Sicherheit auf Berliner Straßen

Verkehrsstaatssekretär stellte den Entwurf für das erste Berliner Mobilitätsgesetz vor

Berlin bekommt ein Mobilitätsgesetz – das erste in Deutschland, wie Jens-Holger Kirchner nicht ohne Stolz anmerkte. Im April hatte der Staatssekretär für Verkehr das als Entwurf vorliegende Gesetz in seinen wesentlichen Grundzügen im Stadtteilplenum Moabit vorgestellt.

Ein grundlegendes Ziel, so Kirchner, sei dabei die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Die Privilegierung des PKW-Verkehrs und die »Diskriminierung anderer Verkehrsteilnehmer« müsse ein Ende haben. Und ein weiterer Aspekt liegt ihm sehr am Herzen: die Barrierefreiheit als ein Grundrecht. Allerdings sei auch klar, dass es »ein sehr weiter Weg« sei, dies in Berlin flächendeckend in den nächsten Jahren umzusetzen. Zumindest soll Barrierefreiheit aber bei Neubauvorhaben berücksichtigt werden. Dazu gehören nicht nur Bordsteinabsenkungen und Gehwegvorstreckungen, sondern auch beispielsweise Blindenleitsysteme.

Mithilfe des neuen Gesetzes sollen zudem Lösungsansätze für drei grundlegende Probleme entwickelt werden: erstens die Mobilität in einer schnell wachsenden Stadt, mit der die Verkehrsinfrastruktur nicht mitgewachsen ist – das betrifft auch den ÖPNV. Zweitens die enorme Zunahme des Radverkehrs in den letzten Jahren: Immer mehr Menschen nutzen für ihre täglichen Wege das Fahrrad. Drittens hat auch der Wirtschafts- und Lieferverkehr aufgrund veränderter Handelsstrukturen (Online-Handel etc.) massiv zugenommen: in den letzten Jahren um satte 30 Prozent.
Ein grundsätzliches Ziel des Konzepts sei die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch mehr Verkehrssicherheit. Wer Kinder hat, älter ist oder körperlich beeinträchtigt, weiß sehr gut, was der Staatssekretär damit meint.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen werde der »Kampf um den öffentlichen Raum« die Stadt noch einige Jahre beschäftigen, so Kirchner. Damit gehen natürlich Konflikte der unterschiedlichen Nutzungen und Interessen einher, weshalb das Gesetz auch Konfliktlösungsmechanismen bieten soll. »Die Stadt wird umgebaut, das macht nicht nur Freunde«, sagt der Staatssekretär, der mit entsprechenden Konflikten bereits aus seiner Zeit als Pankower Stadtentwicklungsstadtrat bestens vertraut ist. Dazu gehören beispielsweise die Auseinandersetzungen mit Anwohnern, wenn Parkplätze wegfallen sollen, oder auch die Vereinbarkeit neuer sicherer Radwege mit dem Straßengrün. Bäume, Straßengrün und Parkplätze gehören zu den Berliner Reizthemen.

Ch. Eckelt

Das Berliner Mobilitätsgesetz ist in sechs Teile gegliedert: einem ersten grundsätzlichen Teil folgen die Kapitel zu ÖPNV, zum Radverkehr, Fußgängerverkehr und dem Wirtschaftsverkehr. Der sechste Teil ist mit »Intelligenter Mobilität« betitelt – wobei Kirchner anmerkte, dass man selbst noch eine Definition suche, was darunter eigentlich genau zu verstehen ist. Genannt werden u. a. die Stichworte Car-Sharing und Digitalisierung, auch E-Mobilität dürfte dazu gehören, ebenso wie intelligente Lösungen und Strategien, um den Warenverkehr zum Konsumenten umweltfreundlicher und platzsparender zu bewältigen.

Sehr weit gediehen sind die Konzepte für ein zeitgemäßes Radwegenetz: Das ist auch dringend notwendig, denn von einem stadtweiten Netz kann bislang keine Rede sein – vielmehr waren das Anlegen von Radstreifen usw. eher kleinteiliges Stückwerk, meist in der Verantwortung der Bezirke, wenn wieder mal ein bisschen Geld da war, um diese oder jene Straße zu sanieren.
Der Senat plant nun allein in den Jahren 2018 bis 2020 sechzig neue Radwege, Radstreifen und sonstige Verbesserungen der Fahrrad-Infrastruktur. Bis zu acht Maßnahmen stehen pro Bezirk an. Vor allem Hauptstraßen und vielbefahrene Strecken sollen Radwege und -streifen erhalten. Fernziel ist, dass jede Hauptverkehrsstraße einen Radstreifen bekommt, der breit genug zum Überholen ist und in sicherem Abstand zu parkenden Autos verläuft.

Die Grundlagen für das Mobilitätsgesetz wurden 2017 in einem beispielhaften Verfahren geschaffen: Den allgemeinen Teil des Mobilitätsgesetzes begleitete der neu geschaffene Mobilitätsbeirat, dem Mobilitätsverbände, die Bezirke, zuständige Senatsverwaltungen und Vertreter der Fraktionen angehören. Die Eckpunkte für den Baustein »Radverkehr« entwickelte die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz im »Dialog Radgesetz« gemeinsam mit der Initiative Volksentscheid Fahrrad, dem ADFC, dem BUND, den Koalitionsfraktionen und der Senatskanzlei. In einem Beteiligungsverfahren konnten Interessenvertretungen zusätzliche Vorschläge unterbreiten.
Kirchner betont, wie wichtig gerade der »Raddialog« war, ein analoges Verfahren erfolgte für das Thema Fußgängerverkehr, auch hier gingen zahlreiche Vorschläge ein.

Die Voraussetzungen für die schrittweise Umsetzung des ambitionierten Vorhabens sind auch in finanzieller Hinsicht günstig: Nach Jahren massiver Sparzwänge investiert Berlin wieder. So werden ab 2019 pro Jahr 50 Millionen Euro allein für die Radverkehrsgestaltung bereitgestellt. Allerdings tut sich nun eine andere Lücke auf: Es fehlt angesichts des anhaltenden Baubooms an qualifiziertem Personal im Land Berlin. »Der Planermarkt ist wie leergefegt«, sagt Kirchner, es gebe eine extreme Nachfrage nach Fachkräften. Deshalb bildet das Land Berlin zusätzlich auch selbst Nachwuchs im dualen System aus.

us

Über das Mobilitätsgesetz kann man sich im Internet informieren. Dort ist der Entwurf dokumentiert und werden wichtige Fragen beantwortet: www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz

Parkraumbewirtschaftung bald im gesamten Bezirk?

Untersuchungen auch in Moabit und im Wedding geplant

Ch. Eckelt

Im Bezirk Mitte sollen in diesem Jahr flächendeckend Untersuchungen zur Parkraumbewirtschaftung stattfinden. Das teilt uns das Straßen- und Grünflächenamt auf Anfrage mit. Dabei sollen sowohl die bereits bestehenden Parkzonen überprüft werden als auch die Gebiete in Wedding und Moabit, in denen noch keine Parkraumbewirtschaftung existiert. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Herbst 2021 könnte demnach fast im gesamten Bezirk Mitte die Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden.

Fast im gesamten Altbezirk Mitte, im Bereich südlich des Tiergartens sowie in der direkten Umgebung des Hauptbahnhofs gibt es bereits Parkzonen, in denen Auswärtige an Automaten Parkscheine erwerben müssen, wenn sie öffentliche Parkplätze nutzen wollen. In der Nördlichen Luisenstadt soll es am 1. Juni losgehen: Dann sollen dort die beiden neuen Parkzonen 36 und 37 in Betrieb genommen werden. Zuletzt kam es zu Verzögerungen, weil die notwendigen Schilder nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnten. Im Brüsseler Kiez und im Sprengelkiez (beide Wedding) wurde von Verkehrsplanern zuletzt die Einrichtung zweier weiterer Parkzonen empfohlen, die Untersuchungen wurden im Rahmen der Entwicklung eines Verkehrskonzeptes gerade abgeschlossen.
Im angrenzenden Gebiet westlich der Müllerstraße finden diese Untersuchungen derzeit statt. Bei einem öffentlichen Rundgang mit den Verkehrsplanern am 10. April zeigte sich erneut, dass die allgemeine Stimmung in den letzten Jahren klar zugunsten der Parkraumbewirtschaftung umgeschlagen ist: Es wurde nicht die leiseste Kritik an diesem Vorhaben geäußert. Noch im September 2008 war ein bezirklicher Bürgerentscheid gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung an der zu geringen Wahlbeteiligung gescheitert: nur 11,7% der wahlberechtigten Bewohner des Stadtbezirks waren damals zur Urne gegangen, 15% wären notwendig gewesen. Knapp 80% hatten damals gegen die Parkraumbewirtschaftung votiert. Der Bezirk hatte daraufhin auf die Ausweisung einer neuen Parkzone nördlich des Hauptbahnhofs im Bereich um die Lehrter Straße verzichtet. In der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU, die sich nach der Wahl 2011 zugunsten des Bezirksbürgermeisters Christian Hanke (SPD) gebildet hatte, war zudem ein weitgehender Verzicht auf die Festsetzung weiterer Parkzonen vereinbart worden.
In der Nördlichen Luisenstadt jedoch war in den Jahren 2013 und 2014 eine schon zuvor geplante Untersuchung des Gebietes zu der Empfehlung gekommen, auch hier Parkzonen einzurichten. Dies fand große Zustimmung bei den Anwohnern, die in großer Zahl an Bürgerversammlungen und Workshops zur Entwicklung des Verkehrskonzeptes für die Nördliche Luisenstadt beteiligt hatten. Auch bei den Beteiligungsverfahren, die im Frühjahr 2017 zum »Verkehrs- und Freiraumkonzept Brüsseler Kiez« stattfanden, war die Grundstimmung eindeutig für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung.
Offenbar haben sich deren Vorteile inzwischen herumgesprochen: Anwohner finden in ihren Parkzonen nämlich wesentlich schneller und einfacher einen Parkplatz. Die Gebühren, die man für die Parkvignette entrichten muss – 20,40 Euro für zwei Jahre –, spart man deshalb schon allein an Benzinkosten wieder ein. Gleichzeitig reduziert sich die Zahl der behindernd parkenden Autos erheblich, was auch Fußgängern und Radfahrern zugute kommt. Und zudem ist in den Zonen der Parkraumbewirtschaftung das Ordnungsamt wesentlich präsenter als anderswo. Die uniformierten Mitarbeiter, die dort die Knöllchen ausstellen, haben zwar nur begrenzte Kompetenzbereiche, stärken aber dennoch das allgemeine Sicherheitsgefühl in den Kiezen.
Um eine neue Parkzone einzurichten, muss der Bedarf zuvor durch eine Untersuchung festgestellt werden. In der Regel erfassen die beauftragten Verkehrsplaner dabei die Nummernschilder sämtlicher im Gebiet parkender PKW zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. Aus dem Vergleich lässt sich ermitteln, wie hoch die Auslastung des vorhandenen Parkraums durch die Anwohner und durch Auswärtige ist. Im Brüsseler und im Sprengelkiez zum Beispiel waren dienstags morgens um zwei Uhr nur 84% der Parkplätze belegt, vormittags um 11 Uhr aber 107% – also etwa 7% der Fahrzeuge illegal abgestellt. Von den tagsüber ermittelten Nummernschildern waren nur rund ein Drittel auch nachts erfasst worden, sie wurden in der Studie den Anwohnern zugeordnet. Deshalb konnte die Untersuchung klar nachweisen, dass der Parkdruck vor allem von Auswärtigen kommt und sich deshalb eine Parkraumbewirtschaftung positiv auswirken würde.
Ähnliche Untersuchungen für Moabit und den restlichen Altbezirk Wedding sind vom Bezirk schon ausgeschrieben worden. Allerdings sind die Kapazitäten der Büros für Verkehrsplanung in Berlin derzeit gut ausgelastet, so dass noch nicht sicher ist, ob tatsächlich alle noch in diesem Jahr stattfinden können.

cs

Berlin tops the world

Im Blickfeld der internationalen Immobilienbranche

Berlin ist Weltspitze. Das behauptet der Londoner Immobilienmakler Knight Frank und führt Berlin an der Spitze von 150 weltweiten »Global Cities«. Denn um satte 20,5 %, so schnell wie sonst nirgendwo, stieg der Wert von Immobilien in der deutschen Hauptstadt im vergangenen Jahr, während anderswo in der Welt die Wertsteigerungen eher zurückgingen. »Starkes Bevölkerungswachstum, stabile Wirtschaft, rekord-niedrige Arbeitslosigkeit und ein robustes Interesse von ausländischen Investoren schrauben gemeinsam die Preise in die Höhe«, so heißt es über Berlin im aktuellen »Global Residential City Index« des weltweit operierenden Unternehmens, das mit rund 12.000 Mitarbeitern eines der größten seiner Branche sein dürfte.

Dabei wurde Berlin in diesem Quartal zum ersten Mal in die Liste aufgenommen, in der im Vorjahr 15 chinesische Städte mit Steigerungsraten von durchschnittlich 23 % aufgeführt waren, die jetzt nur noch auf durchschnittlich 1,3 % Wertsteigerung kommen. Die Preise für Eigentumswohnungen in den besonders nachgefragten Stadtteilen Berlins erreichen aber dennoch nur rund ein Drittel der Preise in vergleichbaren Vierteln Londons, erläutert dazu die britische Zeitung »The Guardian«. Daher bleibe Berlin auch nach mehreren Jahren starker Preissteigerungen für Käufer aus London oder New York immer noch günstig. Der durchschnittliche Immobilienpreis in Berlin sei seit 2004 um mehr als 120% gestiegen.

Starkes Bevölkerungswachstum

Das Bevölkerungswachstum der Stadt geht jedoch langsam wieder zurück. Das Statistische Landesamt Berlin-Brandenburg jedenfalls vermeldet für 2017 einen Anstieg um 1,2 % oder 41.100 Einwohner. Der Anstieg ist deutlich geringer ist als im Jahr 2016, das durch den starken Zustrom von Flüchtlingen geprägt war, aber auch niedriger als in den fünf Jahren vor der Flüchtlingskrise (1,4 % bis 1,5 %). Eine Verringerung der Steigerungsrate war von den Demoskopen vorhergesagt worden. Denn in den meisten europäischen Staaten, aus denen gegenwärtig die stärkste Zuwanderung nach Berlin stattfindet (Polen, Bulgarien, Rumänien und Italien) schrumpft im Verlauf dieses Jahrzehntes die junge, mobile Bevölkerung im Alter von unter 30 Jahren deutlich. Aus dieser Altersgruppe kommen aber über 62 % der Zuwanderer nach Berlin. Starke Zuwanderung erfährt die Stadt allerdings auch aus den USA und aus Großbritannien, die diese demographischen Probleme nicht haben – und natürlich aus den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten. Die stärkste Einwanderung findet dabei natürlich aus dem übrigen Bundesgebiet statt, wobei dorthin aber etwa genauso viele auch wieder abwandern. Der aktuelle Anstieg der Bevölkerungszahl von Berlin geht deshalb nahezu ausschließlich auf Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft zurück. Berlin wird immer globaler.

Wirtschaftswachstum und Jobwunder

Attraktivität gewinnt die Stadt vor allem durch die vielen Jobs, die hier entstehen. Stärker noch als das Bruttoinlandsprodukt (+3,1 % im Jahr 2017) wächst in Berlin nämlich die Beschäftigung. So waren Mitte des Jahres 2017 fast 60.000 mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt registriert als ein Jahr zuvor, der Anstieg beträgt 4,3%. Das ist weit mehr als in jedem anderen deutschen Bundesland. Vor allem aber aus dem europäischen Umfeld ragt Berlin damit deutlich hervor. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Stadt beträgt im April 2018 deshalb nur noch 8,4 %. Das ist zwar immer noch mehr als der Bundesdurchschnitt von 5,3 %. Vor dreizehn Jahren, im April 2005, hatte die Arbeitslosenquote Berlins aber mit 19,5 % ihren Spitzenwert erreicht, seitdem geht sie kontinuierlich zurück.

Ch. Eckelt

Aus chinesischer Sicht noch günstig …

Dieser seit Jahren anhaltende positive Trend macht Berlin international immer attraktiver. Die Stadt spielt zwar nicht in der Weltliga der Immobilienbranche – für den Immobilientycoon Donald Trump zum Beispiel war Berlin nie ein begehrenswerter Ort. Meldungen wie die von Knight Frank könnten das aber ändern. Die Aussicht, in Berlin einen Spitzenprofit erzielen zu können, dürfte weitere internationale Anleger anlocken, die Preise für Immobilien würden damit weiter steigen: Das Spiel hat gerade erst begonnen. Zwar warnen auch viele vor einer Preisblase, die eines Tages platzen und eine Krise verursachen könnte – angesichts der aktuellen Wohnungsknappheit wird bis dahin aber wohl noch einige Zeit vergehen.
Eine starke internationale Nachfrage ist jedenfalls auch in den Sanierungsgebieten von Mitte bemerkbar. So treten in einem Objekt in der Nördlichen Luisenstadt in letzter Zeit verstärkt chinesische Anleger als Käufer der dort angebotenen winzigen möblierten Apartments auf. In dem sanierten ehemaligen Büro-Plattenbau werden zwar für aktuelle Berliner Verhältnisse extreme Preise von mehr als 7.500 Euro/qm verlangt – aus chinesischer Sicht scheint das aber noch günstig zu sein. cs

Leserumfrage

Wie finden Sie die »ecke köpenicker«?

Wir sind sehr an der Meinung unserer Leserinnen und Leser interessiert. Nehmen Sie an unserer Leserbefragung teil – es sind nur wenige Fragen zu beantworten!
Unter allen Teilnehmern verlosen wir 3 x 2 Kinokarten für das Kino International. Einsendeschluss ist Montag, der 21. Mai 2018.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen an:
ecke köpenicker c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin.

Der Fragebogen kann aber auch per Mail an die Adresse ecke.koepenicker@gmx.net geschickt werden!
Selbstverständlich können die Fragebögen auch anonym eingesendet werden, nehmen dann aber nicht an der Verlosung der Preise teil. Sämtliche Angaben werden vertraulich und nach Datenschutzrichtlinien behandelt.
Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Fühlen sie sich durch die ecke gut über das Geschehen in der Nördlichen Luisenstadt informiert?
(bitte Zutreffendes ankreuzen)

☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Gefallen Ihnen die Gestaltung der ecke und die Fotos?

☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Ist es für Sie einfach, die aktuelle ecke-Ausgabe zu erhalten?

☐ sehr
☐ weniger
☐ gar nicht

Wo finden sie die ecke normalerweise?
(Mehrfachnennungen möglich!)

☐ Laden / Geschäft
☐ öffentliche Einrichtung
☐ über Nachbarn
☐ im Internet
☐ im Briefkasten

Welche Themen interessieren Sie am meisten?
(Mehrfachnennungen möglich!)

☐ Aktuelles aus dem Kiez
☐ Bauen und Wohnen
☐ Verkehr und öffentliche Räume
☐ Historisches
☐ Porträts / Menschen / Gewerbe
☐ Hintergründe
☐ Bürgerbeteiligung

Mit welchen Themen sollte sich die ecke köpenicker künftig mehr beschäftigen?

……
……
……
……

Die ecke köpenicker erscheint bislang acht Mal im Jahr im Umfang von 12 Seiten. *Wie fänden Sie es, wenn die Zeitung künftig nur noch alle zwei Monate (also sechs Mal im Jahr) erschiene, dafür aber im Umfang von 16 Seiten?*

☐ gut
☐ nicht so gut
☐ wäre mir egal

Haben Sie noch weiter Anregungen oder Kritik an der Zeitung?

……
……
……
……

☐ Ich wäre damit einverstanden, wenn diese Kritik in der Zeitung als Lesermeinung veröffentlicht wird und zwar unter folgender Namensnennung:

☐ Ich möchte nicht, dass diese Kritik in der Zeitung veröffentlicht wird.

Zuletzt ein paar kurze Fragen zu Ihrer Person:
Leben Sie in der Nördlichen Luisenstadt?

☐ Ja – Wenn ja, wie lange schon? …… Jahre
☐ Nein

Wie alt sind Sie? …… Jahre

Ich bin …

☐ eine Frau ☐ ein Mann

Umweltpreis 2018 ausgeschrieben

Das Bezirksamt Mitte von Berlin (Umwelt- und Naturschutzamt, Schulamt und Jugendamt) schreibt auch in diesem Jahr einen Umweltpreis aus. Gewünscht sind innovative Beiträge und Ideen zu Themen aus den Bereichen Umwelt, Natur und Technik. Die Einreichungen können sich auf durchgeführte oder geplante Projekte beziehen. Die Ausrichtung der Inhalte kann naturwissenschaftlich, technisch, künstlerisch, kulturell und sozial sein.
Teilnahmeberechtigt sind Personen oder Gruppen, die ihren Wohnort oder Arbeitsmittelpunkt im Bezirk Mitte haben. Einrichtungen in freier Trägerschaft können ebenfalls teilnehmen. Es ist zulässig, Beiträge einzureichen, die bereits bei anderen Wettbewerben (aber nicht beim Umweltpreis Mitte) vorgestellt wurden. Jede Person darf sich nur mit einem Beitrag beteiligen.
Teilnehmer müssen sich bis Freitag, den 1. Juni um 16 Uhr per Post, Fax oder E-Mail im SUZ Mitte anmelden. Die Anmeldung erfolgt durch Einreichung einer zweiseitigen Kurzpräsentation im Format A4 unter Angabe von Name, Einrichtung / Betrieb und Adresse.
Das Bezirksamt Mitte stellt ein Preisgeld von 3.000 Euro zur Verfügung! Die Preise werden in altersbezogene und gruppenspezifische Kategorien aufgeteilt und von einer unabhängigen Jury vergeben.
Am 13. Juni 2018 erfolgt von 9–14 Uhr die Präsentation der Beiträge sowie um 13 Uhr die Preisvergabe durch die Jury. Alle, die erfolgreich an der Präsentation teilgenommen und keinen Preis erhalten haben, wird ein Betrag von 50 € erstattet.

Ort: Schul-Umwelt-Zentrum Mitte (SUZ), Scharnweberstraße 159, 13405 Berlin, Telefon 49 87 04 09, Fax 49 87 04 11, info@suz-mitte.de www.suz-mitte.de

Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt

Vortrag: »Für demokratische Tradition und revolutionären Geist – Die Märzrevolution von 1848«
Vortrag von Volker Schröder – Zeitzeuge und Chronist der Bemühungen um die Erinnerung an den Bürgeraufstand. Seit Herbst 1978 setzt sich die »Aktion 18. März« für die Würdigung der Märzrevolution im Allgemeinen und des 18. März im Besonderen ein.
Mittwoch, 16. Mai, 19 Uhr, Ort: Bona Peiser Sozio-kulturelle Projekträume, Oranienstraße 72, 10969 Berlin
Führung: Die »Berliner Mauer« im Verlauf des zukünftigen Spreeuferwegs
Führung mit Eberhard Elfert – Kulturmanager und Historiker
Samstag, 16. Juni, 11–13 Uhr
Treffpunkt: An der Schillingbrücke Ecke Paula-Thiede-Ufer (vor verdi), 10179 Berlin
Mehr Informationen und Termine des Bürgervereins Luisenstadt finden Sie unter www.buergerverein-luisenstadt.de
Informationen und Termine der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt finden Sie unter www.luise-nord.de

Historisches Hafenfest

Vom 10. bis 13. Mai wird das 720-jährige Jubiläum des Historischen Hafens an der Spree entlang dem Spreekanal, der Wallstraße und der Inselstraße. gefeiert. An vier Tagen, vier Abenden und auf drei Bühnen wird ein buntes Non-Stop-Programm geboten, dazu Dampfer- und Hafenrundfahrten, Attraktionen für Kinder, Stände mit Kunsthandwerk und natürlich Gastronomie und Streetfood. Auch der Bürgerverein Luisenstadt ist neben anderen Akteuren des Gebiets dabei und lädt zu Führungen durch den Luisenstädtischen Park ein.
Gefeiert wird von Donnerstag bis Samstag 11 bis 22 Uhr, am Sonntag von 11 bis 20 Uhr, Märkisches Ufer, U2 Märkisches Museum / S-Bhf. Jannowitzbrücke / U8 Heinrich-Heine-Straße

Parkraumbewirtschaftung ab 1. Juni

Mit über einem halben Jahr Verzögerung startet nun endlich die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt mit den Parkzonen 36 und 37 (siehe auch Seite 7). Sie war bereits im September 2016 vom Bezirksamt Mitte beschlossen worden.
Künftig müssen Besucher des Gebiets Parkgebühren entrichten. Anwohner erhalten beim Bezirksamt Mitte eine Anwohnerparkvignette gegen eine Gebühr von 20 Euro für zwei Jahre. Dabei sind einige Straßen als reine Anwohnerparkzonen ausgewiesen.
Schriftliche Anträge können von den Bewohnerinnen und Bewohnern der neuen Parkzonen 36 und 37 per Post unter der Adresse Bezirksamt Mitte von Berlin, Bürgeramt, 13341 Berlin eingereicht oder bei einem der Bürgerämter des Bezirks abgegeben werden. Antragsformulare und mehr Informationen zur Parkraumbewirtschaftung finden Sie auf der Internetseite des Bezirksamts Mitte unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter

Sorge um Engelbecken

Aufmerksame Anwohner registrierten vor kurzem mit Sorgen den sinkenden Wasserpegel im Engelbecken, das ungewöhnlich viel Wasser verlor. Vermutet wurde, dass eine Baustelle in der Waldemarstraße dem Engelbecken das Grundwasser wegpumpt. Das Bezirksamt Mitte müsse die Baustelle stoppen, forderten Bürger. Zusätzliches Problem: das Engelbecken gehört noch zum Bezirk Mitte, die Baustelle Waldemarstraße (und der Hydrant, aus dem das Wasser kommt) bereits zu Kreuzberg. Eine engagierte Anwohnerin ließ nicht locker, sie mobilisierte die Nachbarn, wandte sich direkt an die Ämter. Und siehe da: auch in der oft (und manchmal zu Unrecht) gescholtenen Verwaltung gibt es immer wieder Wunder: Eine Mitarbeiterin des Umweltamts Mitte und eine Kollegin des Umweltamts Kreuzberg reagierten umgehend, unbürokratisch und gebietsübergreifend. In kürzester Zeit sorgten sie dafür, dass Wasser nachgefüllt wird. Dies ist allerdings nur eine erste Ersatzmaßnahme: Nun muss die Baufirma für einen stabilen Wasserstand sorgen.

Ch. Eckelt

»Die Kinder konnten nicht weglaufen«

Die Normalität der Mauer

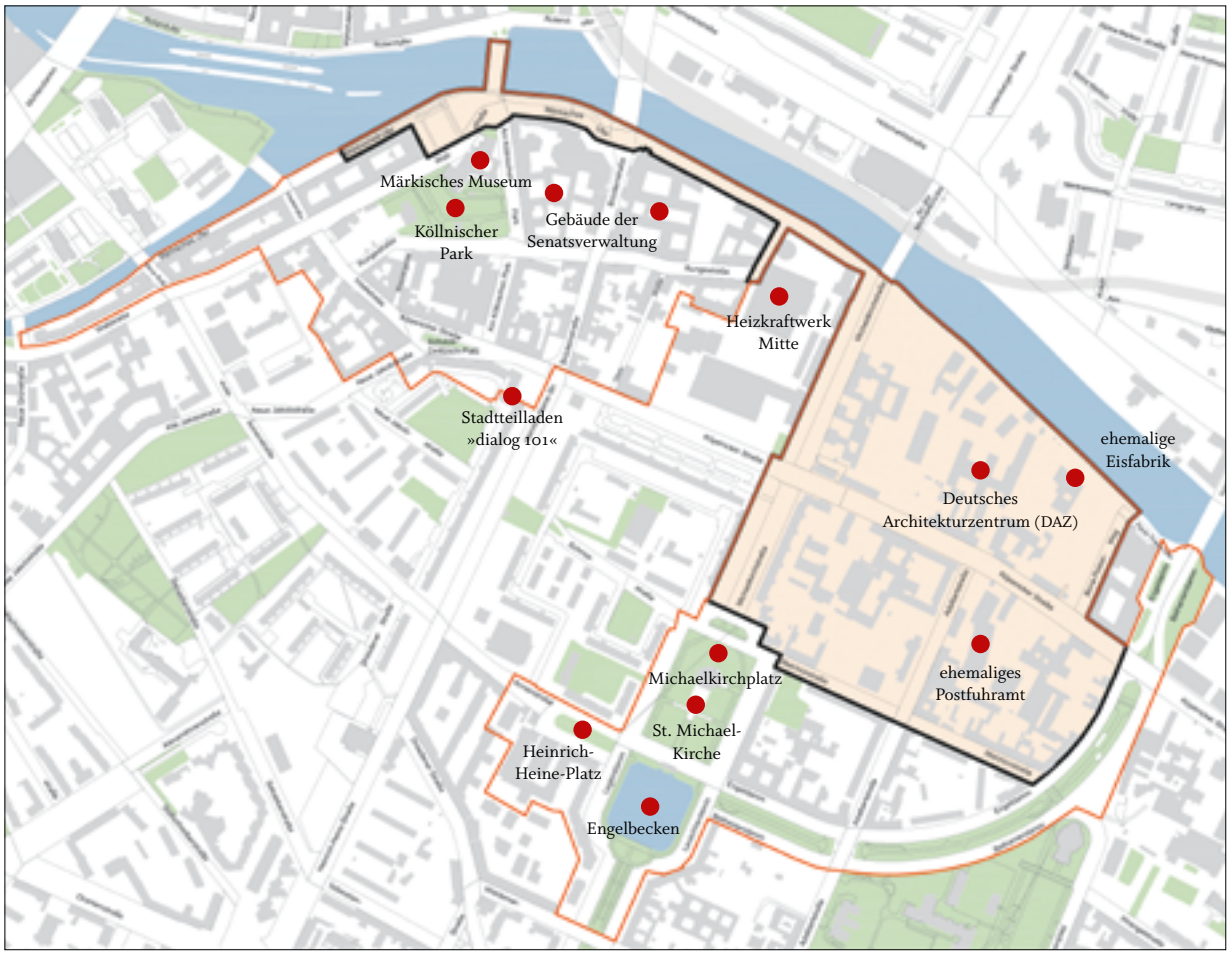
Archiv F. Hennig

Die Grenzsoldaten waren die Patenbrigade des Kindergartens zwischen Sebastianstraße und Mauer.

Wo findet man jemanden, der vor dem Mauerbau in der Hauptstadt der DDR ans Grenzgebiet gezogen ist, die gesamten 28 Jahre Mauer dort lebte und nun, 28 Jahre nach dem Mauerfall, noch immer dort wohnt? Natürlich in der Luisenstadt, genauer in der Heinrich-Heine-Straße im vorletzten der vier Wohnblöcke vor dem Westen auf der linken Straßenseite. In diesem Altneubau zwischen Dresdener und Sebastianstraße wohnt 1960 Eva Wenzel, seit sie 1960 mit ihrem Mann hierherzog. Ich treffe die Dame, der man ihre Jahre nicht ansieht. Dafür ist ihr norddeutscher Tonfall unüberhörbar.
Ihren Balkon gab's damals noch nicht, die Pappeln bis zur Dresdener wurden erst nach Mauerfall gepflanzt. Eva Wenzel zeigt, wo früher der Wachturm und wo die Mauer stand. 1936 ist sie in Hamburg geboren, zog bald mit ihrer Familie nach Mecklenburg und als Kindergärtnerin nach Berlin. Wo die Zeit geblieben ist? Das kann ich ihr auch nicht sagen.
Als die Mauer gebaut wurde, war ihr Sohn noch kein Jahr alt. Am 13. August 1961 waren sie beim Geburtstag ihres Bruders in Mecklenburg, da hörten sie es im Radio: Berlin ist zu. Als sie zurückkamen, standen Kampfgruppen und Polizei an der Dresdener Straße, Ausweiskontrolle, aber abgesperrt war noch nichts, der Stacheldraht kam erst später. Sie hing einige Tage darauf Wäsche auf und ein Soldat sagte: »Ach, das geht schneller vorbei, als dass Sie einen neuen Wäscheplatz kriegen.«
Es war alles nur provisorisch. Doch dann mussten sie zu einer großen Anwohnerversammlung in den großen Saal der Druckerei zwischen Annen- und Dresdener Straße, wo jetzt das Heinrich-Heine-Forum ist. Sie sollten sich äußern, ob sie einen Drahtzaun oder eine Mauer haben wollten. Aber das war eher pro forma, wirklich mitbestimmen durften sie nicht.
Wie am Checkpoint Charlie fuhren auch hier 1961 die amerikanischen Panzer auf, die provokativ von Westen bis an die Grenze heranfuhren und dann scharf abbremsten. Das Geräusch ist Eva Wenzel bis heute genauso präsent wie der Lautsprecherkrieg in der Nacht. Da haben sich die drüben und die Soldaten hier mit lauter Musik abgewechselt: »Es steht ein Pferd auf dem Flur!« Die Wenzels mussten früh aufstehen und das Kind sollte schlafen und sie hatten nur einfache Fenster. Eva Wenzel arbeitete im Kindergarten auf der anderen Seite der Heinrich-Heine-Straße und zeigt alte Fotos: »Da war ich 28, jetzt bin ich 82.« Sie lacht.
In den ersten Jahren nach Mauerbau durfte niemand ohne Passierschein in die Wohnung oder auch nur diese Gegend von Berlin. Ob nun Handwerker oder Besuch, immer musste man mit guter Begründung einen Antrag stellen. Damit ihre Schwester aus Magdeburg zu Besuch kommen durfte, schrieben sie:
»Sie möchte den Geburtstag der Republik am 7. Oktober mal in der Hauptstadt erleben.« Im Juni 1962 war Eva Wenzel allein zu Hause, dann knallten Schüsse und sie ist zum Fenster kucken gegangen. Der Nachbar, der zur Arbeit wollte, wurde gleich zurück gescheucht und sie vom Fenster ebenfalls:
»Gehn Se da weg, Bürgerin!« Das hat sie natürlich gemacht und Details dann durch die Westnachrichten gehört. Ein Tunnel unter der Mauer war verraten worden und ein Stasimann erschoss den unbewaffneten Tunnelbauer.
Doch der Alltag an der Mauer war unspektakulär: »Hier war überall zu, die Kinder konnten nicht weglaufen.« Das schien allen eher praktisch, genau wie im Kindergarten waren die Kinder durch die Mauer in Sicherheit. Sie spielten vor der Mauer, die Grenzer waren dahinter oder manchmal oben drauf. Die Kinder riefen immer: »Habt Ihr Bonbons?« Die hatten sie tatsächlich.

Die Maueröffnung kündigte sich für Eva Wenzel genauso wenig an wie der Bau. Am 9. November 1989 war sie in der Urania in der Stadtbibliothek, kam mit dem Bus zurück und an der Druckerei waren so viele Menschen, die fotografierten, was eigentlich verboten war. Zu Hause erfuhr sie von ihrem Mann:
»Die Mauer ist auf!«
»Wieso?«
»Das haben sie im Fernsehen gezeigt.«
»Ach deshalb stehen die da alle und fotografieren.« Aber die Wenzels glaubten den Nachrichten nicht und gingen normal zu Bett:
»Wir mussten ja am nächsten Tag arbeiten.« Sie hatten die Fenster auf und dann hörten sie lautes Gewisper und Gesäusel. Da ist sie ins Kinderzimmer und da war es noch lauter. Als sie aus dem Fenster sah, saßen die Leute auf der Mauer. Am nächsten Tag kamen die Kollegen mit dicken Klüsen unter den Augen an, Eva Wenzel sagte:
»Nun seht mal zu, wie Ihr den Tag übersteht!« *Falko Hennig*

Der Autor Falko Hennig lädt täglich zum Stadtspaziergang »Piloten, Engel & Genossen« ein (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), min. 5 Teilnehmer, 2h / €12,–, Anmeldung erforderlich, Telefon 0176-20 21 53 39. http://falko-hennig.blogspot.de



Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr im Stadtteilladen dialog 101,
Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Ort bitte erfragen
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr

Mieterberatung für Mieter in den Erhaltungsgebieteen
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Pfarrsaal der St. Michael Kirche,
Michaelkirchplatz 16
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 443 38 10
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen